

Die „größten Sozialreformen der Sozialgeschichte“ (Kanzler Schröder) sorgen für anhaltenden Diskussionsstoff in der Bundesrepublik Deutschland. Eine politisch-parlamentarische Opposition gegen den eingeschlagenen Kurs der so genannten Agenda 2010 gibt es nicht. CDU/CSU und FDP wie auch die Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände begrüßen diesen Kurs. Die bisherigen Vorschläge beschränken sich darauf, den Abbau von Sozialleistungen als Instrument zur Überwindung der bestehenden Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise einzusetzen. Es hat so etwas wie ein Wettlauf von Parteien, Arbeitgeberverbänden und (wirtschafts-)wissenschaftlicher Politikberatung um die weitestgehenden Einschnitte in den Sozialstaat eingesetzt.

Die Kritik der Gewerkschaften, die vielfach zu wenig wahrgenommen wird, bemängelt die geringe soziale Ausgewogenheit der vorgestellten Maßnahmen. Um abschätzen zu können, wie groß die Umverteilungswirkungen von unten nach oben ausfallen werden, wären freilich differenzierte empirische Befunde notwendig. Der Druck auf die Arbeitslosen soll jedoch verstärkt werden, auch wenn besonders Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich und in den unteren Tarifgruppen fehlen. Die Frage, wie die fehlenden Arbeitsplätze auch in anderen Tarifsektoren entstehen sollen, bleibt unbeantwortet. Durch verstärkten Gehorsam der Arbeitssuchenden, als Folge einer materiellen Notlage, lässt sich das Kernproblem der wenigen offenen Stellen nicht lösen.